

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

## Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/124: 10.07.1952 – 04.11.1952

**10.07.1952**

**BRD:** Herbert Wehner (SPD-Abgeordneter) spricht am 10. Juli 1952 im Bundestag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/102-105): >>... Die vom Herrn Bundeskanzler geführte Politik der sog. Integration ist nicht identisch mit der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Politik der Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Wenn es richtig ist, daß alle Parteien die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik wollen, so muß es auch möglich sein, über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ernsthaft zu diskutieren. ...

Denn diejenigen Kräfte des Auslandes, die es vorziehen, ein geteiltes Deutschland zu haben, haben leichteres Spiel, wenn die deutschen Parteien in der fundamentalen Frage der deutschen Politik fundamentale Gegensätze auszutragen haben. ...

Es drängt sich einfach die Frage auf: Was wäre, wenn der Herr Bundeskanzler den Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit mindestens soviel Kraft und Zeit geopfert hätte wie seinen Bemühungen um die sog. Integration? ...

Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft wird, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand nationalegoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte.

... Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zuruf von der SPD: "Sehr richtig!")

Der Bundeskanzler hat keinerlei Sicherheit dagegen, daß z.B. die französische Politik die Verträge dem französisch-russischen Pakt von 1944 unterordnet. Schon jetzt machen sich doch Tendenzen bemerkbar, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu paktieren.

Bei den Verhandlungen im Senat der Vereinigten Staaten wurde übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar vom amerikanischen Außenminister, daß in der Frage der Wiedervereinigung "Frankreichs traditionelle Furcht" durch die Verträge verkleinert worden sei.

Es wird sich bald herausstellen, daß von allen vertragsschließenden Partnern nur die Bundesrepublik wirklich gebunden ist. ...

Aufrichtiger wäre es - ich sage das freimütig -, wenn die Befürworter der Verträge sagten: Jawohl, wir geben zu, für eine geraume Zeit müssen wir die Wiedervereinigung zurückstellen, aber wir haben dafür die und die Begründung. Denn das ist ja der Tatbestand, den Sie mit Kopfschütteln oder mit Ihren Wünschen nicht aus der Welt schaffen können!

Die Bundesrepublik unterwirft sich damit in dieser ihrer Lebensfrage einer Strategie, auf de-

ren Ausgestaltung sie ohne Einfluß ist, die aber für die deutschen Lebensinteressen entscheidend ist. ...

Aus Besatzungsfesseln werden Bündnisfesseln, und es ist mehr als fraglich, wie diese Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind, bei unseren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln fördern statt hemmen sollen. ...

Nach der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Ansicht westlicher Vertragspartner und ihrer Publikumsorgane und nach ihren Interessen ist unter Umständen das Fortbestehen der Teilung Deutschlands das "kleinere Übel". ...

... Wiedervereinigung bedeutet die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in den 4 Zonen und Berlin ohne Zonenunterschiede. ...

Die Bundesregierung wird ersucht, den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der 4 Besatzungsmächte so bald wie möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten. ...<<

### **23.07.1952**

**DDR:** Um die sog. "Demokratisierung der Verwaltung" durchzusetzen, läßt das SED-Regime am 23. Juli 1952 die bisherigen Länder in 14 Bezirke zerschlagen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Demokratisierung" in der SBZ (x009/93): >>Schlagwort des Parteijargons, das die zunehmende Sowjetisierung im öffentlichen Leben der SBZ bemänteln soll.

Sie wirkte sich besonders verhängnisvoll in der Justiz aus. Auf der Forderung nach "Demokratisierung der Justiz" beruht die Einrichtung der Volksrichterlehrgänge. "Die Einrichtung der Volksrichter in der Sowjetzone ist der Weg, um die deutsche Richterschaft möglichst schnell zu demokratisieren, d.h. sie aus Menschen aus allen Schichten des Volkes zusammenzusetzen und dadurch die Grundlagen für eine demokratische Justiz zu schaffen" (Hilde Benjamin in: "Neue Justiz 1948, S.194)

Unter dem irreführenden Leitwort "Demokratisierung der Verwaltung" wurden im Juli 1952 die Länder der SBZ in 14 Bezirke zerschlagen.<<

### **28.07.1952**

**BRD:** Dr. Kather erklärt am 28. Juli 1952 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/37): >>Der Tag von Potsdam, der sich zum siebenten Male jährt, ist ein Tag des Unheils für die vertriebenen Deutschen, für alle anderen Deutschen und darüber hinaus für Deutschland und die Welt. ...

Der Osten hat den Weg der Vertriebenen in die Heimat schon an der Zonengrenze erst in jüngster Zeit erneut verbarrikadiert und mit Stacheldrahtverhauen versperrt. Das Schicksal der Vertriebenen bleibt somit weiter ungewiß.

Deshalb erwarten sie von der Bundesrepublik und von der Welt Verständnis für ihre Lage und Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung neuer Lebensgrundlagen in der Gastheimat im Westen. ...<<

### **07.08.1952**

**DDR:** Der Ministerrat beschließt am 7. August 1952 die Bildung der "Gesellschaft für Sport und Technik" und des "staatlichen Komitees für Filmwesen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gesellschaft für "Sport und Technik" (x009/413-414): >>Organisation zur vormilitärischen Ausbildung von jugendlichen und jüngeren Einwohnern beiderlei Geschlechts.

Gegründet durch Regierungsverordnung vom 7.8.1952 als "Körperschaft des öffentlichen Rechts". Beitritt vom 14. Lebensjahr, formell freiwillig. ...

Die Gesellschaft für Sport und Technik soll ihren Mitgliedern "militärische Grundkenntnisse

auf den Gebieten des Segel- und Motorflugsportes, des Flugmodell- und Fallschirmsportes sowie des Motor- und Seesportes und des Amateurfunkens als Massensport vermitteln". Sie soll "die Regierung der DDR bei der Organisierung der bewaffneten Verteidigung der Heimat und des sozialistischen Aufbaus unterstützen". So hieß es im 1. Statut vom August 1952.

Da motorsportliche Möglichkeiten lockten und auf offene Bindung an die SED verzichtet wurde, hatte die GST bis Ende 1952 starken Zulauf. Die Einführung einer Pflichtausbildung in Schießen und Geländedienst und einer Art Politerschulung drosselte den Zulauf und brachte Austritte. ...

Seit Sommer 1955 wird die GST auch an Normalkaliberwaffen ausgebildet. Im Interesse der Luftwaffe werden Segelflieger und Fallschirmspringen stark betrieben, die Nachrichtentechnik soll allen Waffengattungen zugute kommen.

Die Geländekunde und der Felddienst werden oft als "Touristik" umschrieben. Die Erziehung zum Patriotismus und zum Kommunismus wird in der Gesellschaft für Sport und Technik je offener gefordert, je mehr sie ein Werbeplatz der Kasernierten Volkspolizei (KVP), seit 1956 der Nationalen Volksarmee geworden ist. Die vormilitärische Ausbildung erfolgt oft durch Angehörige der Volkspolizei und zunehmend durch Funktionäre der Gesellschaft für Sport und Technik, die schon Reservisten der Volksarmee oder Polizeitruppen sind.

Seit 1955 darf die Gesellschaft für Sport und Technik, obwohl ihre Funktionäre meist älter sind, nur 14- bis 24jährige ausbilden. Ausbildung der älteren Männer ist den Kampfgruppen vorbehalten. Einheiten der Gesellschaft für Sport und Technik wirken meist an den großen Kampfübungen der Kampfgruppen mit. Jede Hoch- und Fachschule hat eine Grundeinheit der GST, wenn auch die Nationale Volksarmee die anschließende Ausbildung vornimmt (militärische Studentenausbildung). ... Sie ist nicht nur vormilitärische Erziehungsorganisation, sondern in ihrem aktiven Kern eine militärähnliche Miliz.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Filmwesen" in der SBZ (x009/128): >>Nach den Worten Stalins: "Der Film ist das gewaltigste Mittel zur Einwirkung auf die Massen. Wir müssen ihn in die Hand bekommen", wird das Filmwesen auch in der SBZ als Hauptargument der Bewußtseinsbildung der Agitation und Propaganda betrachtet und behandelt.

Partei und Regime sicherten sich daher frühzeitig entscheidenden Einfluß und bauten ihn entsprechend der Entwicklung von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Aufbau des Sozialismus aus.

Seit Oktober 1958 liegt die gesamte Steuerung des Filmwesens bei der "VVB Film", die dem Ministerium für Kultur untersteht. Zu den von der VVB Film gelenkten Betrieben und Instituten gehören nicht nur die 5 Studios der DEFA, die das Filmherstellungsmonopol innehat, einige weitere "volkseigene" technische Betriebe, der VEB Progress Film-Vertrieb, der VEB DEFA-Außenhandel, sondern auch das staatliche Filmarchiv, die deutsche Hochschule für Filmkunst und die Schulen für filmtechnische Berufe und Vorführer. ...

Der Kinobesuch verlagert sich im übrigen im Sinne der Bestrebungen der Betriebskultur von den Lichtspieltheatern teilweise in die betrieblichen Kulturstätten. Die Lage der monopolisierten und staatlich gegängelten Filmproduktion zwischen den ideologischen Anforderungen auf der einen Seite und dem Auftrag, das Publikum zu unterhalten und die Theater zu füllen, auf der anderen Seite ist die Lage ausweglos und ein Anlaß zu immer wiederkehrenden Krisen und Auseinandersetzungen. ...

Das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums und die Rentabilität der Theater sind nach wie vor auf die Einfuhr westlicher Filme angewiesen; die Produktion der Ostblockstaaten belegt natürlich einen beträchtlichen Teil des Spielplanes, der der Verfügung der einzelnen Filmtheater im übrigen völlig entzogen ist.

Als wichtigstes Mittel kommunistischer Agitation und Propaganda werden neben der Wo-

chenschau "Der Augenzeuge" und satirischen Kurzfilmen unter dem Sammelnamen "Stachel-tier" auch populär-wissenschaftliche Filme und Dokumentarfilme eingesetzt. Ein besonders obskures, von Fälschungen strotzendes Machwerk, "Unternehmen Teutonenschwert", erhielt auf Filmfestspielen in Karlsbad den ersten Hauptpreis. ...<<

#### **14.08.1952**

**BRD:** Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wird am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen.

Das Lastenausgleichsgesetz wird durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der man folgende Vorbehalte festlegt (x088/22): >>... In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<

Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgt die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

#### **Lastenausgleich**

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöste, belastete das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt wurden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienten ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.

Für den Erfolg des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland war es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man mußte diesen Menschen unbedingt eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Heimatvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden wollte, war vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollten auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingegliedert werden.

Die Aufnahme und Eingliederung der vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen war ein langwieriger Prozeß, der länger als 20 Jahre dauerte. Die Hauptaufnahmelande waren zunächst Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Später wurden nach und nach viele Vertriebene in die übrigen westdeutschen Bundesländer umgesiedelt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und weil man die wirtschaftliche Eingliederung fördern mußte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Eingliederungsmaßnahmen waren ohne gezielte Leistungen und Förderungen des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds naturgemäß nicht möglich. Zum Abbau der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen wurden von denen, die ihr Eigentum ganz oder größtenteils behalten hatten, Sonderopfer in Form langfristiger Ausgleichsabgaben verlangt. Dazu gehörte auch die Erhöhung der Vermögensteuer, die zu 25 % dem Ausgleichsfonds zugewiesen wurde.

Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine

Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Lastenausgleich" (x051/344): >>Lastenausgleich, Vermögensausgleich zwischen den durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen schwer und den nicht oder wenig getroffenen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik.

Gesetzliche Grundlage: zunächst das Soforthilfegesetz vom 8.8.49, dann das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14.8.52. Nach dem LAG wurden von den Abgabepflichtigen (natürliche Personen, Körperschaften und Personenvereinigungen) "Ausgleichsabgaben" (bis 1979 Vermögens- und Hypothekengewinn-, bis 1974 Kreditgewinnabgaben) erhoben, die zusammen mit Zuschüssen des Bundes und der Länder einen "Ausgleichsfonds" speisten, aus dem je nach der Höhe des Schadens und gestaffelt nach Bedürftigkeit "Ausgleichsleistungen" an Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, Vertreibung oder Flucht (aus Ostdeutschland, Osteuropa und - ab 1969 - der Sowjetzone bzw. der DDR) oder durch die Währungsreform von 1948 Vermögensschäden erlitten hatten, teils in Form direkter Zahlungen, teils als Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die staatliche Förderung und Unterstützung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/474-476): >>... Der junge Staat Bundesrepublik bediente sich besonders erfolgreich dreier Instrumente, um die Vertriebenen und Flüchtlinge aus ihrer schlimmen Lage, das heißt aus dem Lager, herauszuführen: Kredite, Lastenausgleichfonds und Wohnungsbau.

Der Lastenausgleichsfonds zahlte innerhalb von 30 Jahren 128 Milliarden Mark aus; 86 Milliarden an Vertriebene und Flüchtlinge, 26 Milliarden an Bombengeschädigte, 12 Milliarden an geschädigte Sparer, knapp 4 Milliarden an Flüchtlinge aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

In jenen ersten Jahren der Bundesrepublik wurde auch erkennbar, daß jede Investition zugunsten der Vertriebenen zugleich den allgemeinen Wiederaufbau, den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft vorantrieb, also allen Deutschen zugute kam. Die Interessen der Einheimischen und der Vertriebenen wurden deckungsgleich.

Im Jahre 1950 fehlten in der Bundesrepublik noch mehr als 2 Millionen Wohnungen, vor allem für Vertriebene und Flüchtlinge. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer setzte ein gigantisches Wohnungsbauprogramm in Gang. Es wurde einer der Treibsätze für das deutsche Wirtschaftswunder: die Dynamik, die damals entfesselt wurde, riß erst das Baugewerbe und seine Zulieferindustrie und dann andere Branchen steil mit sich nach oben.

Dies alles hätte nicht ohne die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit der vertriebenen Arbeiter, Handwerker und Angestellten geschehen können. Sie waren tiefer niedergedrückt worden als andere Deutsche – doch um so stärker war ihr Wille, wieder aufzusteigen.

Aus den Zahlen der Statistik läßt sich nicht herauslesen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge härter am Wiederaufbau gearbeitet haben, als die Menschen, die in Westdeutschland ihre Heimat hatten. Aber viele von ihnen waren außerordentlich zäh bei der Verfolgung des Ziels, wieder ein sinnvolles Leben zu führen – die vertriebenen Bauern etwa, die Ödland unter den Pflug nahmen, oder wüste Äcker, die von westdeutschen Bauern aufgegeben worden waren, wieder fruchtbar werden ließen.

Der Kieler Universitätsprofessor Friedrich Edding urteilte in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland:

"Der in der menschlichen Qualität, in Arbeitswillen, Können und Durchsetzungsvermögen der Vertriebenen liegende Wert erwies sich von Jahr zu Jahr als ein für die Wirtschaft positiver Faktor. Die Initiative der Vertriebenen brachte neues Leben in stagnierende örtliche Verhält-

nisse und Wirtschaftszweige: Zahlreiche neue Betriebe und Produktionen entstanden, andere erfuhren durch die Vertriebenen entscheidende Verbesserungen. ...

Der stark erweiterte Binnenmarkt, dessen Kaufkraft von Jahr zu Jahr wuchs, verminderte das Risiko der Investition und verbesserte die Gewinnchancen jedes Unternehmens ganz außergewöhnlich, die Stückkosten der Produktion zu senken oder relativ niedrig zu halten und damit zugleich eine gute Voraussetzung zu schaffen für die Erweiterung des Exports. ...

Als Resultat aus belastenden und stimulierenden Momenten der Eingliederung hat sich ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum ergeben, der sich zwar nicht exakt messen läßt, der aber zweifellos sehr bedeutend ist."

Der materielle Erfolg der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch kein Ausgleich für die Opfer, die sie bringen mußten. Friedrich Edding: "Vergessen wir nicht den hohen Preis des Unglücks und des viele Jahre dauernden Elends, den die Vertriebenen zu zahlen hatten." ...<<

### **19.08.1952**

**DDR:** Das ZK der SED gibt der Jugendorganisation "Junge Pioniere" am 19. August 1952 den Namen: Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und erteilt ihr die Weisung, "ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse" zu sein. Die "Uniform" der Jungen Pioniere besteht aus weißen Hemden und Blusen, einer blauen Hose oder einem blauen Rock sowie einem roten, dreieckigen Halstuch (1.-3. Schulklasse: blaues Halstuch).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>... Seit dem IV. Parlament der FDJ (1952) ist das Aufnahmealter auf sechs Jahre festgesetzt. ...

Zu jeder größeren Schule gehört ein hauptamtlicher Pionierleiter. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel.

Laut Beschluß des Politbüros der SED vom 8.10.1957 wurden die Jungen Pioniere, deren Arbeit oft nur äußerlicher Drill und Phrasendrescherei ist, im Rahmen der FDJ selbständiger organisiert. Der Zentralrat der FDJ gab den Jungen Pionieren am 10.12.1957 eine eigene Zentraleitung.

Am 23.1.1958 beschloß diese Zentrale, die Jungen Pioniere mit Hilfe der SED "zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu entwickeln". Die Jungen Pioniere sollen die "sozialistische Schule" unterstützen, die Jugendweihe fördern, dem "sozialistischen Aufbau" dienen.

Die FDJ bleibt verantwortlich für die Jungen Pioniere und unterstützt sie, doch überwiegt der Einfluß der SED. Die Jungen Pioniere haben Gruppen der Jungpioniere (6-10 Jahre) und Thälmann-Pioniere (10-14 Jahre).

Seit Juni 1961 werden Junge Pioniere auch zum Fallschirmsport herangezogen. In Droyßig (Kreis Zeitz) besteht seit 1958 die Zentralschule der Jungen Pioniere. Vorsitzender der Jungen Pioniere ist der Altkommunist Robert Lehmann (SED); die 40 Mitglieder der Zentraleitung sind meist Angehörige des ZK der SED und Funktionäre der FDJ. Im Mai 1961 soll die Zahl der Jungen Pioniere 1,66 Millionen betragen haben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Pionierleiter" (x009/328): >>... Der Pionierleiter ist - gebunden an das allgemeine Erziehungsziel der Schule und der FDJ - verantwortlich für die "Pionierarbeit" in der Grundschule.

Er ist gleichberechtigtes Mitglied des Pädagogischen Rates, ist verpflichtet, zu hospitieren (in Schulen am Unterricht teilzunehmen), "um Einblick in den Leistungsstand der Schüler zu erhalten" (womit er die Möglichkeit erhält, die Arbeit des Lehrers zu kontrollieren).

Die Pionierleiter (Mindestalter 17 Jahre) sind zunächst in Kurzlehrgängen ausgebildet worden. Jetzt ist eine 3jährige Ausbildung an Instituten für Lehrerbildung vorgeschrieben. Die Pionierleiter sollen nach einigen Dienstjahren durch Zusatzprüfungen zu Lehrern befördert

werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Pionierecke und Pionierpaläste" in der SBZ (x009/328): >>Von Jungen Pionieren mit Losungen, Fahnen und Wandzeitungsartikeln ausgestattete Ecke oder Wand in Klassenzimmern, die auf die Ziele der Jugendorganisation hinweisen und zur Werbung neuer Mitglieder beitragen sollen. ...<<

>>... Mit hohen Kosten eingerichtete und unterhaltene Häuser, in denen Kinder mit allen Mitteln der Verlockung im kommunistischen Sinne beeinflusst werden.

Pionierpaläste enthalten z.B. Kindertheater, Räume für Arbeitsgemeinschaften, Büchereien, Lesezimmer, Film-, Spiel-, Bastelräume und dergleichen mehr. ...<<

Das Gelöbnis der Thälmann-Pioniere lautet wie folgt (x296/209 L):

>>Ernst Thälmann ist mein Vorbild.

Ich gelobe zu lernen, zu arbeiten und zu kämpfen,  
wie es Ernst Thälmann lehrt.

Ich will nach den Gesetzen der Thälmann-Pioniere  
handeln,

Getreu unserem Gruß bin ich

für Frieden und Sozialismus immer bereit.<<

Die Gesetze der Thälmann-Pioniere lauten (x296/209 L):

>>Wir Thälmann-Pioniere

lieben unser sozialistisches Vaterland,  
die Deutsche Demokratische Republik.

Wir Thälmann-Pioniere

lieben und achten unsere Eltern.

Wir Thälmann-Pioniere

lieben und schützen den Frieden  
und hassen die Kriegstreiber.

Wir Thälmann-Pioniere sind Freunde der Sowjetunion

und aller sozialistischen Brudervölker

und halten Freundschaft

mit allen Kindern der Welt.<<

Ein Zeitzeuge berichtet später über den allgemeinen Lebenslauf der "Jungen Pioniere" (x073/-272): >>Als er 9 Monate alt war, brachte ihn seine Mutter jeden Morgen um sechs in die Krippe. Da wurde er versorgt, bis sie ihn nach der Schicht wieder abholte.

Mit 3 ging er in den Kindergarten. Er gewöhnte sich an das Spiel in der Gruppe und wusch sich regelmäßig die Hände.

Mit 6 kam er in die Schule. Die Eltern waren stolz und hatten ihn fein gemacht. Er zeichnete sich durch Pflichteifer und gutes Wissen aus. Bald trug er das rote Halstuch der Thälmann-Pioniere. Einmal im Mai durfte er den Helden der Volksarmee Nelken überreichen.

In der Pionierrepublik tat er sich im Geländespiel hervor.

Mit 14 zur Jugendweihe, wußte er, worauf es ankommt: Liebe zum sozialistischen Vaterland, glühender Haß auf den Klassenfeind.

Das Blauhemd der FDJ trug er mit Stolz, später wurde er Gruppenpionierleiter. Auf einem Solidaritätsbasar sammelte er über 4.000 Mark für die chilenischen Patrioten.

Nach der 10. Klasse wurde er mit Notendurchschnitt 1,3 zur erweiterten Oberschule delegiert.

Mit 16 trat er der "Gesellschaft für Sport und Technik" bei, lernte Kradfahren und war ein ordentlicher Kleinkaliberschütze. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freundschaftsverträge" in der SBZ (x009/141): >>Vereinbarungen zwischen Partnern verschiedener Art, die in erster Linie der politischen Propaganda und Überwachung dienen.

In einem Freundschaftsvertrag ist etwa festgelegt, daß ein Betrieb bestimmte Reparaturarbeiten in einer Schule übernimmt, seine Planerfüllung laufend meldet, Werkvertreter zu den Abschlußprüfungen entsendet, betriebsangehörige FDJ-Mitglieder als Pionierleiter an die Schule abordnet und Geld für Schülerbüchereien, Lehrmittelsammlungen und Schülerfahrten gibt.

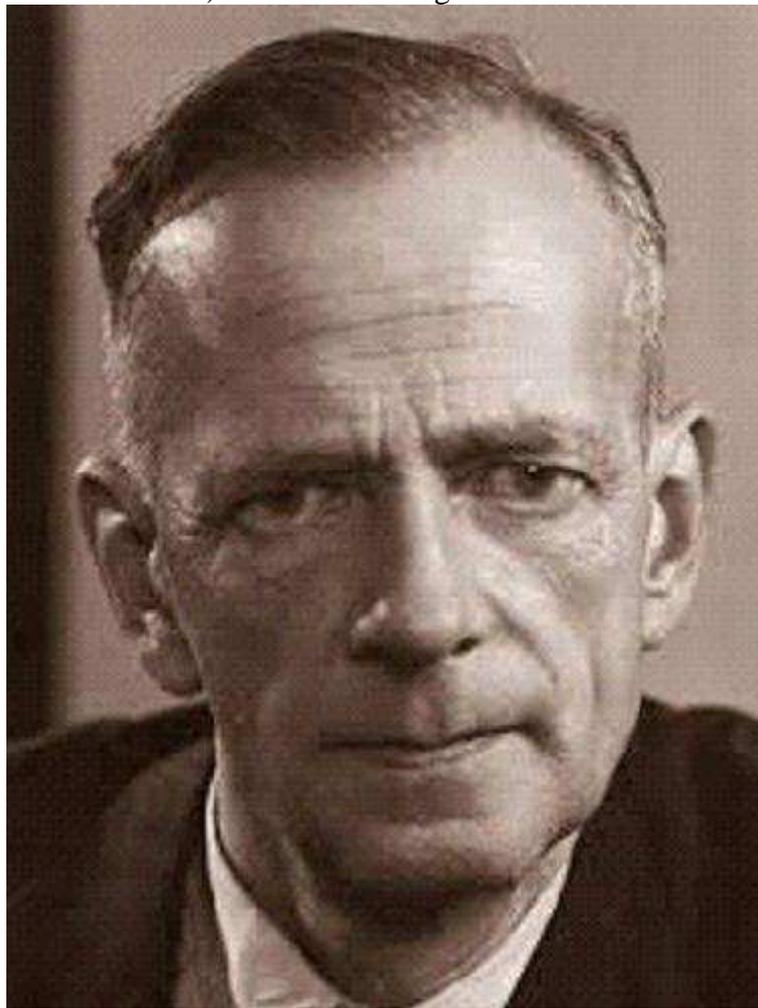
Die Schule verpflichtet sich z.B. zu Betriebsbesichtigungen und Kulturveranstaltungen, zu unterrichtlicher Auswertung der Produktionsmeldungen im Hinblick auf den Fünfjahrplan und zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Arbeitern.

Vor allem werden auch Truppenteile der Nationalen Volksarmee und der Polizeitruppen von dem Freundschaftsvertragsnetz erfaßt. Die SED ist bemüht, auch hier Patenschaften zu gründen und zu beleben. Im Rahmen solch eines Freundschaftsvertrages, z.B. zwischen einem Stahlwerk und einem Regiment, der auch als Patenschaft bezeichnet wird, werden Delegierte und Schulungsreferenten ausgetauscht, Rekruten betreut, Besichtigungen durchgeführt.

Ferner wird für den betreffenden Truppenteil geworben, treten Spielgruppen auf. Auch Gliederungen der FDJ und anderer Massenorganisationen werden dazu gebracht, einen Freundschaftsvertrag mit je einer Einheit der Volksarmee zu schließen. ...<<

**20.08.1952**

**BRD:** Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Kulm geboren, einer der wenigen aufrechten Politikern der Nachkriegszeit, die das Deutsche Reich tatsächlich erhalten wollen) stirbt am 20. August 1952.



*Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher*

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

Kurt Schumacher: In diesen Tagen jährte sich der 105. Geburtstag eines großen Sozialdemokraten

In diesen Tagen jährte sich der Geburtstag von Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD. Wenn man sich mit der Person und der Politik Schumachers beschäftigt, dann wird man mit Erschrecken feststellen, wie grundlegend sich die SPD in der historisch minimalen Zeitspanne von nicht einmal zwei Generationen verändert hat.

Dieser Kurt Schumacher, der bedingungslose Feind eines jeden Totalitarismus, gleichgültig, ob von rechts oder von links, dieser leidenschaftliche Verteidiger der deutschen Nation, dieser Preuße, der auch nach einem verlorenen Krieg Rückgrat gegenüber den Siegern bewies und der nicht zuletzt darum mit fast 100 Prozent der Stimmen von den Parteitagsdelegierten zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden ist - dieser selbstlose politische Kämpfer soll einmal der Vorgänger von Schröder und Lafontaine gewesen sein?

Kurt Schumacher war Grenzlanddeutscher. Er wurde am 13. Oktober 1895 in Kulm, einer preußischen Kleinstadt in Westpreußen, geboren. Er erlebte den Volkstumskampf und erfuhr nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, wie die Provinz trotz deutscher Mehrheit von den Siegern Polen zugeschlagen wurde.

Kurz bevor Kurt Schumacher das Abitur ablegen sollte, brach der Erste Weltkrieg aus. Begeistert meldete er sich als Offiziersanwärter beim Feldartillerie-Regiment Thorn, wechselte aber bald als gemeiner Kriegsfreiwilliger zum Infanterie-Regiment 21, um noch rechtzeitig an die Front zu kommen.

Schon am 2. Dezember 1914 wurde er bei Lodz am rechten Arm und am rechten Oberschenkel schwer verwundet. 26 Stunden blieb er auf dem Gefechtsfeld liegen, bevor er gefunden wurde. Der rechte Arm mußte amputiert werden. 1915 wurde er als dienstuntauglich aus dem Heer entlassen, nachdem ihm das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden war.

In Halle, Leipzig und Berlin widmete er sich dem Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie und bestand 1919 das 1. juristische Staatsexamen.

Die Eltern, die in dem nun zwangsweise polnisch gewordenen Kulm nicht für Polen optieren wollten, mußten 1920 unter Zurücklassung ihres Besitzes die Heimat verlassen und siedelten ins kleiner gewordene Reich über.

Die Familie war es nicht, die Kurt Schumacher zum Sozialdemokraten werden ließ. Der Vater war wohlhabender Unternehmer und politisch bei den Liberalen engagiert. Es gibt auch kein Zeugnis dafür, daß ihn das Kriegserlebnis ins linke politische Lager gedrängt hätte.

Erst, als er bereits dienstuntauglich geschrieben war, bekannte er sich zur sozial-patriotischen Richtung der SPD und wurde Parteimitglied, 1918 auch Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Schumacher trat damals wie auch später für die Parlamentarisierung des Reiches ein und für die Abschaffung des Großbesitzes, sei es in Industrie, sei es im Handel oder der Landwirtschaft, weil er diesen Kreisen eine nicht berechnete Vorherrschaft in der Politik zuschrieb, eine Vorherrschaft, die sie zum überwiegenden Nutzen ihres Standes mißbrauchten.

Sein Sozialismus war nie marxistisch, auch wenn er das Vokabular des Marxismus verwendete. Der Marxismus war ihm nur eine Methode zur Analyse, nicht aber eine Lehre, die dogmatisch zu befolgen war. Für ihn war es damals bereits eine Selbstverständlichkeit, daß Sozialismus die nationale Unabhängigkeit eines Landes voraussetzt.

Wie der Gründer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, so bejahte auch Schumacher den Staat als Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen. Er folgte also nicht Marxens Idee, daß am Ende des Sozialismus die Auflösung des Staates zu stehen habe.

Die Revolution als Mittel der Entwicklung lehnte er ab. Nach seiner Ansicht müßten die Sozialdemokraten den Staat mit friedlichen Mitteln langfristig erobern. Produktionsgesellschaften oder -genossenschaften, die er an Stelle des Großbesitzes anstrebte, seien staatlich zu finanzieren. Und kein Sozialismus ohne Demokratie - so sein Credo, das er jahrzehntelang wieder-

holte.

Bald wurde er Redakteur der in Stuttgart erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitung "Schwäbische Tagwacht". Er ließ darüber die Zeit verstreichen, um seine Promotion, die er längst abgeliefert hatte und die mit dem Prädikat "summa cum laude" benotet worden war, mit einigen gewünschten Korrekturen zu versehen. Nach einer Reihe von Jahren holte er sie nach und konnte dann mit Fug und Recht den Dokortitel führen. 1924 wurde er in den württembergischen Landtag gewählt, 1930 in den Reichstag.

Durch seine außerordentlich scharfen Diskussionsbeiträge verdiente er sich in Stuttgart den Namen der "preußischen Revolverschnauze". Intensiv beschäftigte er sich mit Fragen der Verteidigung; statt einer Berufsarmee, die die Versailler Siegermächte dem deutschen Reich aufgezwungen hatten, bevorzugte er ein Volksheer mit allgemeiner Wehrpflicht, nicht zuletzt, weil eine solche Armee ins Volk und in die Demokratie eingebunden gewesen wäre.

Vehement plädierte er gegen die Einbindung Deutschlands in den Block der Westmächte ebenso wie auch gegen die Anlehnung an die Sowjetunion. Stets stand er für ein souveränes Deutsches Reich, ein Begriff, den er auch nach 1945 ohne jede Befangenheit verwendete.

In scharfen Gegensatz geriet er zu den Nationalsozialisten, deren Partei immer stärker wurde. Bekannt ist sein Zusammenstoß mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Joseph Goebbels. Der hatte in einer erregten Debatte die SPD beschuldigt, sie sei die "Partei der Deserteure" im Ersten Weltkrieg gewesen.

Daraufhin brach im Reichstag ein gewaltiger Tumult los - damals galt es noch als schimpflich, im Krieg aus der deutschen Armee desertiert zu sein -, und der schwerkriegsbeschädigte, mit dem EK ausgezeichnete Abgeordnete Dr. Schumacher schleuderte Goebbels, der wegen seines durch einen Unfall verkrüppelten Fußes nicht hatte Soldat werden können, entgegen, die NSDAP-Abgeordneten würden auf einem "Niveau moralischer und intellektueller Ver lumpung und Verlausung" kämpfen. Er beendete seinen Beitrag mit dem Satz: "Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen."

Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren." Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden". Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.

Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. Obwohl seine Eltern und Schwestern samt Familien keineswegs seine politische Meinung teilten - sie traten für den Nationalsozialismus ein -, halfen sie dem eingesperrten Sohn, Bruder und Schwager, indem sie Lebensmittel und Kleidung schickten.

Schumacher war in der Bibliothek des KZ Dachau beschäftigt, in der zu seinem Erstaunen auch eine große Zahl von Büchern stand, die im Dritten Reich nicht verboten, aber auch nicht in den Buchhandlungen zu finden waren, wie Werke von Thomas Mann, Lion Feuchtwanger, Karl Kraus.

Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges verfolgten viele Häftlinge - so auch Schumacher - anhand von Wandkarten den Frontverlauf und steckten den Vormarsch der deutschen Truppen mit Fähnchen ab. Daß Schumacher die deutschen Siege mit Begeisterung begrüßt haben soll, bezeichnet sein Biograph Peter Merseburger als kommunistische Propaganda. Tatsächlich aber registrierte Kurt Schumacher die ersten Niederlagen der Sowjetarmee in den Jahren 1941 und 1942 mit Triumph und Genugtuung. Er wie Mithäftlinge drückten ihren Respekt aus über

die Leistungen der deutschen Soldaten - wie es damals nahezu alle Deutschen taten. Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. Schumacher arbeitete im Büro einer Lagerverwaltung, wurde nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 noch einmal für vier Wochen festgenommen, dann freigelassen und erlebte den Einmarsch der Alliierten in Hannover. Sofort begann er trotz seines schlechten Gesundheitszustandes, die SPD wieder zu organisieren. Sein Ziel: Deutschland soll als geschlossenes Ganzes auch in der Niederlage erhalten werden, wie er formulierte. Die Nation war für ihn Solidaritätsgemeinschaft. Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"

An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekennnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen.

1948 mußte ihm ein Bein oberhalb des Knies amputiert werden, ein Schicksal, zu dem er durch sein Kettenrauchen beigetragen hatte. Annemarie Renger war ihm eine treue Gefährtin, die selbstlos dem so schwer Behinderten ermöglichte, noch vier Jahre lang aktive Politik zu treiben, so daß er in Westdeutschland der große Gegenspieler des christdemokratischen Bundeskanzlers Adenauer wurde. Scharf lehnte er dessen Pläne ab, die Bundesrepublik in die anglo-amerikanische Welt der Sieger einzubinden. Das war für ihn die Zementierung der deutschen Teilung, deren Überwindung an der Spitze seiner politischen Bemühungen stand.

Viele damalige Äußerungen und Aktivitäten Schumachers hätten ihm heute den Vorwurf der Rechtsradikalität eingetragen, so als er sich 1950 dagegen wandte, daß die von den Amerikanern in Landsberg wegen angeblicher oder wirklicher Kriegsverbrechen zum Tode verurteilten Deutschen hingerichtet wurden - vergeblich.

Er verwendete sich für den Generalfeldmarschall Kesselring, der von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden war und um dessen Begnadigung Schumacher - mit Erfolg - bat. Schützend stellte er sich vor die Soldaten der Waffen-SS, die er streng unterschied von den KZ-Wachmannschaften. Früh traf sich Schumacher mit ehemaligen hohen HJ-Führern, um deren Motive kennenzulernen und um sie für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen.

Als die Alliierten das Ruhrgebiet internationalisieren wollten und dabei auf ein gewisses Verständnis des ohnehin separatistisch liebäugelnden Adenauer stießen, erklärte Schumacher, die SPD werde der Internationalisierung nur dann zustimmen, wenn darin die Industrieviere aller Staaten eingeschlossen würden.

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals

noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort.

Als - von der Sowjetischen Besatzungszone ausgehend - die SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei verschmolzen werden sollte, wandte er sich mit aller Kraft dagegen. Stets focht er für deutsche Gleichberechtigung und lehnte alle Maßnahmen der Sieger ab, die die Deutschen benachteiligten. Er wollte, daß die deutsche Frage gelöst werde und daß erst dann über ein Europa freier gleichberechtigter Völker zu verhandeln sei. Für ihn stand die Nation als politisches Ziel an erster Stelle.

Am 20. August 1952 verweigert der so schwer geschädigte Körper dem leidenschaftlichen Politiker den Dienst. Er stirbt und wird nach Hannover übergeführt. Hunderttausende, und nicht nur Anhänger der SPD, säumten den letzten Weg des großen sozialen und nationalen Volksführers.

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

### **01.09.1952**

**BRD:** Das Lastenausgleichsgesetz (Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) tritt am 1. September 1952 in Kraft.

### **10.09.1952**

**Luxemburg:** Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 heißt es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtet später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates

Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite."

...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen (x169/88-90): >>... Deutschland (trat) zu Beginn der fünfziger Jahre in Verhandlungen mit jüdischen Einrichtungen ein und unterzeichnete Abkommen über Entschädigungszahlungen. Bis heute hat es etwa 60 Milliarden Dollar ausbezahlt, was, wenn überhaupt, nur wenig äußeren Druckes bedurfte. ...

Im Rahmen von drei verschiedenen Abkommen, die 1952 unterzeichnet wurden, war die deutsche Regierung bestrebt, jüdische Opfer zu entschädigen. Ein separates Abkommen mit Israel

stellte Subventionen für die Eingliederung mehrerer hunderttausend jüdischer Flüchtlinge bereit. Gleichzeitig verhandelte die deutsche Regierung mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, einer Dachorganisation aller großen jüdischen Organisationen, über eine finanzielle Regelung.

Man nahm an, die Claims Conference würde die Gelder, zwölf Jahre lang jeweils 10 Millionen Dollar oder etwa eine Milliarde Dollar nach heutigem Wert, für jüdische Opfer der Nazi-verfolgung verwenden, die im Entschädigungsprozeß durch das Raster gefallen waren.

Meine Mutter war ein solcher Fall. Als Überlebende des Warschauer Ghettos, des Konzentrationslagers Majdanek und der Zwangsarbeits-Lager von Czestochowa und Skarszysko-Kamiena bekam sie von der deutschen Regierung nur 3.500 Dollar Entschädigung. Andere jüdische Opfer (und viele, die in Wahrheit keine waren) erhielten von Deutschland jedoch lebenslange Pensionen, die sich schließlich zu mehreren hunderttausend Dollar summierten. Die Gelder, die der Claims Conference übergeben wurden, waren jenen jüdischen Opfern zugedacht, die nur minimale Entschädigungen bekommen hatten.

Die deutsche Regierung war in der Tat bestrebt, in der Vereinbarung mit der Claims Conference ausdrücklich festzuhalten, daß die Gelder ausschließlich an genau bezeichnete jüdische Überlebende gehen sollten, die von deutschen Gerichten unfair oder unangemessen entschädigt worden waren. Die Konferenz zeigte sich empört, daß man ihre guten Absichten in Zweifel zog. ...<<

### **13.09.1952**

Vatikan: Papst Pius XII. erklärt am 13. September 1952 zur Kollektivschuld für ein Volk oder Völker (x268/44): >>... Was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan gaben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

### **24.09.1952**

Rumänien: In der am 24. September 1952 verabschiedeten neuen Verfassung der Volksrepublik Rumänien gewährt man den nationalen Minderheiten angeblich wieder alle demokratischen Rechte (x007/180E-182): >>**Die Nationalitätenbestimmungen der Verfassung von 1952**

Die Verfassung der Volksrepublik Rumänien vom 24. September 1952.

Einleitung

...

Die nationalen Minderheiten der Rumänischen Volksrepublik genießen volle Gleichberechtigung mit dem rumänischen Volk. In der Rumänischen Volksrepublik wird der ungarischen Bevölkerung in den Szekler-Bezirken, in denen sie in geschlossener Form ansässig ist, territoriale Verwaltungsautonomie gewährleistet.

Kapitel II. Der Staatsaufbau.

...

Artikel 17.

Der rumänische volksdemokratische, einheitliche souveräne und unabhängige Staat

- a) schützt die Unabhängigkeit und die Souveränität des rumänischen Volkes, die Errungenschaften der Werktätigen in Stadt und Land, die Rechte, die Freiheiten und die Macht der Werktätigen gegen die Feinde des werktätigen Volkes;
- b) gewährleistet die Festigung und die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes durch die sozialistische Industrialisierung, durch die Beseitigung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Rückständigkeit, durch die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der freiwilligen Teilnahme der werktätigen Bauern; ...
- h) leitet das gesamte Volksbildungswesen; ...
- j) gewährleistet die Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind. ...

#### Kapitel VII. Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger.

... Die Bürger der Rumänischen Volksrepublik haben das Recht auf Bildung.

Dieses Recht wird gewährleistet durch den allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulunterricht, durch das System staatlicher Stipendien für gute Studenten und Schüler der Hoch-, Mittel- und Grundschulen, durch die Organisation der unentgeltlichen Fachausbildung der Werktätigen in den Industriebetrieben, Staatsgütern, Maschinen- und Traktorenstationen sowie in den Kollektivwirtschaften.

Das gesamte Schulwesen ist staatlich.

Der Staat sorgt für die Entwicklung der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst.

#### Artikel 81.

Den werktätigen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gewährleistet.

Jede direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte der werktätigen Bürger der Rumänischen Volksrepublik, die Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugung auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität und jede Äußerung von Chauvinismus, Rassen- oder Nationalitätenhaß oder chauvinistisch-nationalistischer Propaganda werden gesetzlich geahndet.

#### Artikel 82.

In der Rumänischen Volksrepublik werden den nationalen Minderheiten die freie Benutzung der Muttersprache, der gesamte Schulunterricht in der Muttersprache, die Herausgabe von Büchern und Zeitungen in der Muttersprache sowie eigene Theater gewährleistet. In den Bezirken, die auch von einer Bevölkerung anderer Nationalität als der rumänischen bewohnt sind, werden sämtliche Organe und Institutionen auch die Sprache der betreffenden Nationalitäten mündlich und schriftlich gebrauchen und Funktionäre aus den Reihen der betreffenden Nationalität oder aus den Reihen der Ortsansässigen ernennen, die Sprache und Lebensart der örtlichen Bevölkerung kennen. ...

#### Artikel 84.

Allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist die Gewissensfreiheit gewährleistet.

Die religiösen Kulthandlungen können frei vorbereitet und ausgeübt werden. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen wird allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik gewährleistet.

Die Schule ist von der Kirche getrennt. Keine Konfession, Kongregation oder religiöse Gemeinschaft darf allgemeinbildende Lehranstalten eröffnen oder unterhalten. Eine Ausnahme gilt nur für Sonderschulen zur Ausbildung der Geistlichen.

Die Art und Weise der Vorbereitung und der Ausübung der religiösen Kulthandlungen wird durch Gesetz geregelt. ...

#### Kapitel VIII. Das Wahlsystem.

...

Artikel 94.

Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen in allgemeiner Wahl. Alle werktätigen Bürger der Volksrepublik Rumänien, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied der Rasse oder der Nationalität, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, des Bildungsgrades, des Berufes oder der Dauer der Ansässigkeit, haben das Recht, an der Wahl der Abgeordneten teilzunehmen, mit Ausnahme von Geisteskranken und denjenigen, die durch gerichtliche Entscheidung zum Verlust des Wahlrechts verurteilt worden oder nach dem Gesetz unwürdig sind. ...<<

**02.10.1952**

**DDR:** Ein Volkskammergesetz hebt am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf.

Diese Regelung gilt jedoch nicht für Personen, die "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt wurden.

Am 2. Oktober 1952 wird das Gerichtsverfassungsgesetz erlassen und eine neue Strafprozeßordnung tritt in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafverfahren" und "Strafvollstreckung" in der SBZ (x009/429-430): >>Strafverfahren: Das Strafverfahren ist durch die sowjetzonale Strafprozeßordnung vom 2.10.1952 neu geregelt worden.

Neue Begriffe und Institutionen wurden eingeführt, z.B. die Gerichtskritik. In die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte wurde wieder die nationalsozialistische Vorschrift aufgenommen, daß zur Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen auch das Gericht zuständig ist, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist (§ 14 Abs. 3).

Hierdurch wird es dem SSD (Staatssicherheitsdienst) möglich, jeden Verhafteten an einem beliebigen Ort aburteilen zu lassen. Ehegatten und nächste Angehörige der Angeklagten dürfen die Aussage nicht mehr verweigern, wenn sie eine Pflicht zur Anzeige hatten, z.B. bei Staatsverbrechen. Dasselbe gilt für Geistliche, Rechtsanwälte und Ärzte. ...

Das in der Verfassung und im § 74 StPO garantierte Recht auf Verteidigung wird dadurch illusorisch gemacht, da der Verteidiger in die Gerichtsakten erst nach Zustellung der Anklageschrift Einsicht nehmen und auch dann erst mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten sprechen darf. Eine Haftbeschwerde ist nur einmal und zwar binnen einer Woche nach Erlaß des Haftbefehls möglich. ...

Die Beweisaufnahme soll an sich unmittelbar sein. Es dürfen aber Protokolle der Volkspolizei, des SSD, der Staatsanwaltschaft oder eines Richters über frühere Vernehmungen eines Zeugen oder Mitbeschuldigten schon dann als vollgültige Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen werden, "wenn das Erscheinen des Zeugen in der Hauptverhandlung wegen des damit verbundenen Zeitverlustes unzweckmäßig ist" (§ 207).

"Erklärungen des Angeklagten insbesondere ein Geständnis, die in einem Protokoll über eine frühere Vernehmung enthalten sind, können zum Zwecke des Beweises verlesen werden, soweit es erforderlich ist" (§ 209). Auf diese Weise erhalten vom SSD erpreßte Geständnisprotokolle volle Beweiskraft.

...<<

>>Strafvollstreckung: Der Angeklagte hat gegen ein Urteil nur noch ein Rechtsmittel, die Berufung. Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft heißt Protest. ... Ein Wiederaufnahmeverfahren, auch zugunsten des Angeklagten, kann nur durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. ...

... Nachdem der Strafvollzug schon seit langem auf die Volkspolizei übergegangen war, wurde 1952 auch die Strafvollstreckung der Volkspolizei übertragen. Die Staatsanwaltschaft ist

nicht mehr Vollstreckungsbehörde. Sie überwacht lediglich die Strafvollstreckung. Tatsächlich wird die Staatsanwaltschaft in dieser "Überwachungsfunktion" überhaupt nicht tätig, sondern überläßt alle Maßnahmen und Entscheidungen der Volkspolizei. ...

Organe der Strafvollstreckung sind die oberste Vollstreckungsbehörde (Ministerium des Innern und Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei) und die Vollstreckungsbehörden in den Bezirken. Die oberste Vollstreckungsbehörde vollstreckt die erstinstanzlichen Urteile des Obersten Gerichts und leitet den Vollzug von Todesstrafen ein. ...

Der Verurteilte ist in die seinem Wohnsitz nächstgelegene Strafvollzugsanstalt zum Strafantritt zu laden, wenn er sich in Freiheit befindet. Ohne vorherige Ladung kann ein Einlieferungsersuchen gestellt werden, wenn Fluchtverdacht besteht. Die U-Haft wird vom Tage der vorläufigen Festnahme an berechnet. ...<<

### **13.10.1952**

**UdSSR:** Die Prawda berichtet am 13. Oktober 1952 über die Rede des späteren sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow während des XIX. Parteitages der KPdSU (x191/142): >>... Es lebe der weise Führer der Partei und des Volkes, der Inspirator und Organisator aller unserer Siege, unser Genosse Stalin!<<

### **20.10.1952**

**BRD:** Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtet während der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (x353/80): >>... Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.<<

### **31.10.1952**

**DDR:** Die "Bereitschaftspolizei" wird am 31. Oktober 1952 in "Kasernierte Volkspolizei" (KVP) umbenannt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kasernierte Volkspolizei" (x009/210-211): >>Von Oktober 1952 bis Januar 1956 Tarnbezeichnung für die Armee der SBZ. ...

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde im Frühjahr 1948 auf Befehl der SMAD als "Bereitschaftspolizei" aufgestellt und seit Januar 1952 nach dem Muster der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Oktober 1952 hatte die KVP, der Sowjetarmee ähnlich, olivgrüne Felduniformen und militärische Rangbezeichnungen.

... Die KVP wurde von Sowjetniks (sowjetische Offiziere, die zur Überwachung der SBZ-Armee abkommandiert wurden) gelenkt, durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes überwacht und erhielt Politschulung im Sinne der SED.

Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber zuweilen als Nationale Streitkräfte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Politschulung" in der SBZ (x009/331): >>Wichtigster Unterrichtsweig der bewaffneten Kräfte.

Die Politschulung der bewaffneten Organe erfolgt nach einheitlichen Richtlinien der Politverwaltung bzw. der Politabteilung. Alle Waffenträger sollen erfüllt sein vom Geist des proletarischen Internationalismus und vom Haß gegen die "anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten".

Die Politschulung propagiert den Marxismus-Leninismus und dessen Lehre vom Militarismus. Sie bejaht "gerechte Kriege im Sinne Lenins". Gerechte Kriege können, so lehrt es die Politschulung, auch auf fremdem Territorium geführt werden.

Die Politschulung wird wesentlich mitgetragen von den Gliederungen, die SED und FDJ in allen bewaffneten Kräften unterhalten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Politoffizier" in der SBZ (x009/331): >>Oft geänderte Bezeichnung für den in allen bewaffneten Organen täti-

gen Politikkommissar, der neben den Kommandanten und Truppenoffizier gestellt - für die politische Ausrichtung und Durchführung der Politschulung verantwortlich ist.

In der Armee der SBZ steht jedem Kommandeur bis zum Kompaniechef abwärts ein Politoffizier zur Seite. ...<<

#### **04.11.1952**

**USA:** Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1890-1969) wird am 4. November 1952 zum 34. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Dwight D. Eisenhower (x068/293-295): >>... Dwight D. Eisenhower hatte Europa von der Hitlertyrannie mit befreit, die uns freilich die USA mit aufgehast (hatte). Eisenhower, seine Freunde und Helfer haben fast zweieinhalb Millionen Tonnen Bomben auf Europa geworfen und so schätzungsweise 300.000 deutsche Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, ermordet, 780.000 verletzt und verkrüppelt, 750.000 obdachlos gemacht.

Eisenhower und seine Befehlsempfänger haben deutsche Kriegsgefangene massenhaft verhungern und verdursten lassen, wenn es auch nicht, wie auf kanadischer Seite behauptet, mehr, sondern weniger als eine Million waren - angeblich "nur" 56.000 in US-Lagern zu Tode Mißhandelte; was immerhin Stephen E. Ambrose, Direktor des "Eisenhower Center" an der Universität von New Orleans, zugab, der auch versicherte: "Amerikanische G.I.s und ihre Offiziere waren fähig, fast so brutal wie Nazis zu verfahren."

Nun, fast? Man braucht doch an Hiroshima nur, an Nagasaki, Korea, Vietnam oder den Golfkrieg zu erinnern ... Ja, die Amerikaner praktizierten Nazimethoden, als man die noch gar nicht kannte, als es die Nazis noch gar nicht gab. Als gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ein Beauftragter des geschäftliche Expansionen betreibenden Cornelius Vanderbilt in Nicaragua getötet worden war, zerstörten deshalb US-Kriegsschiffe den Hafen von Greytown. Ein Beispiel unter vielen ...

Man denke nicht zuletzt an das Ausrotten der Indianer. Nazimethoden: doch durch diese ganze Geschichte, von Anfang an! Es war auch der Oberkommandierende Eisenhower, der ungezählte - verbündete - Russen, Angehörige jener Armeen, die vor allem den Krieg gegen Hitler gewonnen haben, als "unerwünschte Personen" ihrem Henker Stalin ausliefern ließ.

All dies aber und das doch etwas reichlich blutige Gewerbe des Strategen beiseite, war Dwight D. Eisenhower eine eher schlichte, eher redliche, konziliante Natur, ein echter "Kansas farmer boy". Freilich einer, der es auch verstand, sich umwerben zu lassen. Der etwa, ganz wie die Papstanwärter bis heute, geschickt verbreiten ließ, keinerlei Ambitionen zu haben.

Der es auch von Mal zu Mal verwarf, Präsidentschaftskandidat zu werden, weder der Demokraten noch der Republikaner, oh nein; endlich aber, genug umworben, doch durchblicken ließ, zwar nach wie vor keine Nominierung anzustreben, den Amerikanern aber das Recht einzuräumen, "mich im nächsten Juli vor eine Aufgabe zu stellen, die meinen jetzigen Verantwortungsbereich überschreiten könnte". Auch wenn Eisenhower Gedrechseltes nicht schätzte, kam's nicht schon ganz gut heraus?

Und da ihm sein Heidentum den Weg ins Weiße Haus doch kaum erleichtert hätte, war er immerhin Realpolitiker genug, sich taufen zu lassen, als er republikanischer Präsidentschaftskandidat wurde. Und nach seiner Taufe zögerte er nicht, in einer Rede die Wendung zu benutzen: "Gott, was immer man darunter verstehen mag ..."

Und hatte sich damit ganz ehrlich und korrekt ... ausgedrückt. So wie es seiner und einer Natur eben entsprach, die dem demokratischen Gegner Adlai E. Stevenson, dem Gouverneur von Illinois, einem brillanten Kopf, intellektuell so gewaltig unterlegen war - schon dies Grund genug, Eisenhower zu wählen.

"I like Ike", plärten die Massen den lächerlichen Wahlslogan der Republikaner und wählten den jovialen General und Zweiten Weltkriegssieger, wählten ihn mit großer Mehrheit.

Denn wer will sich von einem "egghead" ("Eierkopf") führen lassen (außer allen eggheads - doch eggheads, höhnte Joseph Alson, der Republikaner, wieviele eggheads gibt es schon? Und das schlug sich am Wahlergebnis nieder).

Allmählich aber fiel sein völliger Mangel an eigenen Ideen auf. Kein Wunder, hatte er doch alles, was er konnte, schon im Krieg verpulvert - eine Art Hindenburg in USA. Man vermißte Führungsqualitäten, sollte indes nicht ungerecht sein. War es nicht besser, daß er einst Armeen in den Tod gejagt, statt künftig vielleicht ganze Völker?!

Und ahnten die Massen nicht, daß dieser General genug hatte vom Krieg, und nicht nur, weil er ihnen, mehr als einmal im Wahlkampf, das Ende des Koreakriegs versprach, auch alsbald selber nach Korea flog und über die Schlachtfelder wandelte im Schnee - und vielleicht nicht bloß, weil alle Feldherrn gern auf Blutgedüngtem wandeln, ihrer Hinterlassenschaft? "I like Ike", schrien sie.

Höheren Orts konnte der Präsidentschaftskandidat - er müßte kein Politiker gewesen sein - natürlich ganz anders auftreten und etwa gerade seinerzeit vor dem Senat beteuern, er würde, brächte ihm das in einem Verteidigungskrieg (!) Vorteile, die Atombombe werfen lassen. Wie jeder wahre Politiker vermochte er eben mal so, mal so zu reden; nicht wie es - nur das nicht - die Sache erforderte, sondern die Zuhörerschaft, die Situation. "I like Ike", kreischten die Massen.

"We want Ike", brüllten sie, entzückt von Ike, hell entzückt. Wer einzig und allein Sicherheit will, konnte Ike auch sagen, der soll ins Gefängnis. (Als wären nicht gerade die amerikanischen Gefängnisse die unsichersten der Welt!) Und Ike lächelte breit. Er konnte breiter lächeln als die meisten. Das gefiel den meisten. Und er konnte Golf spielen, er war ein Sportfan. Hatte er ein Programm?

Aber gewiß. Sein Programm war der Weg genau zwischen den sogenannten Rechten und Linken - unter den Rechten, natürlich. "Das große Problem des heutigen Amerika", sagte er, "ist die genaue Verfolgung des Mittelweges." Wie so viele Vorgänger (und Nachfolger) auf seinem Stuhl liebte er die einfachen, klaren, die goldenen Worte.

Die Regierung nahm ihm weitgehend sein Außenminister ab.

Gott, wofür hat man denn einen Außenminister?!

Sein Außenminister war John Foster Dulles. Er hatte Eisenhower zum Präsidenten und der Präsident ihn zum Außenminister gemacht - ja, Dulles war Außenminister schon, bevor er es wurde: einer der Hauptakteure der Konferenz von San Francisco, der Anführer der antirussischen Front spätestens seit Kriegsende, der Mann, der seine Außenpolitik selber - mit einem Ausdruck kommunistischer Herkunft - "am Rande des Krieges" nannte.

Danach war sie.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Außenminister John Foster Dulles (x068/295-300): >>John Foster Dulles war zunächst Anwalt einflußreicher Banken, großer Aktiengesellschaften sowie mehrerer europäischer und amerikanischer Regierungen. Er leitete die International Nickel Company, eine New Yorker Bank und, in den zwanziger Jahren, die North American Holding Company, die seinerzeit größte amerikanische Holding-Gesellschaft - nicht als Einzige der von Dulles betreuten Firmen gerichtlich belangt, wobei er im letzten Moment abspringen konnte.

Dulles gehörte auch zu den Anwälten der Bank Dillon, Read & Co., die faschistische Kommunen Italiens finanziert und den Vereinigten Stahlwerken in Deutschland anfangs der zwanziger Jahre 125 Millionen Dollar kreditiert hatte. Dulles wurde darauf Generalanwalt der IG-Farben AG, des größten deutschen Konzerns. Auch vertrat er die Interessen des deutschen Bankhauses von Schroeder in den USA, einer Bank, die durch Hitlers Beziehungen zu Thyssen öffentlich bekannt geworden ist. Und Dulles nahm auch die Interessen des faschistischen Diktators Franco wahr, als dieser von den USA die Freigabe einer beschlagnahmten Summe

von zehn Millionen Dollar verlangte.

John Foster Dulles, der mit faschistischen Ideen sympathisierte, war nicht nur der Sohn eines Geistlichen (wie schon sein Vorgänger, Bischofssohn Dean Acheson, den er seit 1951 offiziell beriet), er war auch Mitglied des Vorstands einer religiösen Vereinigung, aus der die Union aller protestantischen US-Kirchen hervorging. Er begünstigte Hitler und hätte viel lieber dessen Sieg über die Russen gesehen als den ihren über ihn. Und er wünschte die Neutralität der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg.

Als Dulles Außenminister wurde, starb Stalin. Ein Schlaganfall am 1. März führte am 5. März zum Tod. Zu seinem Nachfolger hatte er Malenkov nominiert. Im gleichen Jahr wird Innenminister Berija amtsenthoben, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. 1955 zwingen Malenkov politische und wirtschaftliche Fehlschläge zum Rücktritt. Jetzt übernimmt das Gespann Chruschtschow/Bulganin die Führung, das die Politik der friedlichen Koexistenz proklamiert. Entstalinisierung, eine gewisse Entspannung deutet sich an. Die Sowjets stimmen auch der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich zu.

Doch während Chruschtschow aus der Sackgasse starrer stalinistischer Machtpolitik heraus - und eine Koexistenzpolitik anstrebt, sieht Dulles darin nur ein Schwächenmanöver und dirigiert die westliche Welt in eine neue Sackgasse starrer Machtpolitik hinein.

Dulles war verbohrte und fleißig; eigentlich eine ganz deutsche, eine sehr schlechte Mischung. Als warmer Befürworter der nuklearen "Abschreckung" setzte er anstelle von Trumans Eindämmung sowjetischer Macht das Konzept des atomaren Vernichtungsschlages (massive Retaliation bzw. Vergeltung), wofür es verschiedene Gründe gab, waffen- und truppentechnische, finanzielle, nicht zuletzt aber den schon fast pathologischen Antikommunismus, dem Dulles mit wahrhaft sektiererischem Starrsinn frönte - wie sein Freund Adenauer, der ja gleichfalls geistlichen Kreisen nahe stand, ihnen seinen Stuhl sogar verdankte.

Für die im April 1955 in Bandung tagende Konferenz der 29 neutralen Völker hatte Dulles so wenig übrig wie für die ganze unter der Führung von Nehru, Tito, Nasser stehende Bewegung des "Neutralismus" überhaupt.

"Entwicklungshilfe" wollte er nur jenen Staaten geben, die sich auch klar zur "freien Welt" bekannten.

Am eklatantesten scheiterte er damit in Ägypten bei Nasser, der zunächst Washingtons Wohlwollen genoß, dann aber durch seine Ostkontakte sich mißliebig machte, worauf die CIA an seinem Sturz zu arbeiten begann. Die Verschwörung mißlang, doch zog Dulles am 19. Juli 1956 die amerikanische Assuan-Anleihe an Ägypten zurück, die USA unterbrachen auch ihre langjährigen Getreidelieferungen, führten sie dann zwar zu ungünstigeren Bedingungen fort, setzten Nasser indes unter Druck, stellten politische Bedingungen und drohten ihm schließlich vor Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts mit der Intervention der VI. Flotte, sollte er die Feindseligkeiten eröffnen.

Dulles verkannte die Situation völlig, hielt Nassers Politik für bloßen Bluff und die Sowjetunion zur Gewährung einer großen Wirtschaftshilfe gar nicht imstande. Nasser verstaatlichte darauf am 16. Juli den Suezkanal, um mit den Kanalgebühren selber seinen Staudamm zu finanzieren.

Und Dulles entglitt die Führung des Westens, zumal in den Staaten wieder einmal Wahlkampf war. Briten und Franzosen gingen, im Bund mit Israel, militärisch gegen Nasser vor. Und die Russen nutzten das Durcheinander, um brutal den ungarischen Aufstand niederzuwerfen. Gewalt hier wie dort. Die Geschlossenheit des Westens war angeschlagen, ebenso seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen. Dulles aber stand als Außenpolitiker Ende 1956 "vor einem Scherbenhaufen" (Angermann).

Instruktiv sind auch die US-Dollarhilfen für den Iran, dessen Erdölvorkommen immerhin (etwa) 13 % der Weltvorkommen ausmachen. Anfang der fünfziger Jahre hatte der Großgrund-

besitzer und Führer der "Nationalen Front", Ministerpräsident Mohammed Mossadegh (1951-1953), die Anglo-Iranian Oil Co. verstaatlicht, und am 2. August 1953 erhält er bei einem Volksentscheid nicht weniger als 99,4 % der abgegebenen Stimmen.

Da freilich war ein Staatsstreich fällig. Die USA, stark am Öl des Landes interessiert, schürten die Gegenrevolution, so daß der Schah von Persien, Reza Pahlewi, wieder an die Macht gelangte, gestützt durch die Vereinigten Staaten und geschützt von "Savak", dem damals vielleicht grausamsten Staatssicherheitsdienst der Welt.

Die Schah-Polizei hatte in den vierziger Jahren US-General Schwartzkopf, einer der Hauptagenten der CIA, neu organisiert. Er begünstigte jetzt auch den iranischen Polizeigeneral Zahedi. Und er schürte und führte den Umsturz an, gedeckt durch den Leiter des CIA, Allen W. Dulles, Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa (Bern) während des Zweiten Weltkriegs und besagter Bruder des Außenministers.

Der erste Chef der 1947 gegründeten CIA, Admiral Hillenkoetter, erwies sich als unfähig. Er versagte bei so bedeutsamen Ereignissen wie der Explosion der russischen Atombombe oder dem Ausbruch des Korea-Krieges und trat zurück. Auch sein Nachfolger General Bedell Smith, ein ehrlicher Draufgänger, war dem neuen Geschäft nicht gewachsen. Die Amerikaner erwarten, klagte er, unsereiner müsse Gottes und Stalins Gedanken lesen können. "Sie glauben, man sei imstande zu prophezeien: Nächsten Dienstag um 17 Uhr 32 bricht der Krieg aus."

1953 löste ihn Allen Dulles ab, der jahrzehntelange Erfahrungen im Geheimdienst hatte. Er verstärkte den politischen Einfluß der CIA. Er legte dem Präsidenten Tag für Tag einen streng geheimen Bericht mit den wichtigsten Informationen vor und konnte auch, wann und wo immer es ihm nötig erschien, den Präsidenten durch Privattelefon oder persönlich erreichen. Eisenhower schreibt selbst: "Jeden Tag beratschlagte ich mit den Vertretern des State Departments, des Verteidigungsministeriums und der CIA und las die Berichte unserer Vertreter an Ort und Stelle, die mit den Anhängern des Schahs aktiv zusammenarbeiteten."

Dies aber war vor allem die CIA unter General Schwartzkopf, der den "spontanen Aufstand" organisiert und finanziert und dabei Bestechungsgelder von über zehn Millionen Dollar verteilt hatte, besonders an die Armee. Derart stürzten dann die "Iraner" Mossadegh am 19. August, dem sie doch noch am 2. August mit 99,4 % der Stimmen ihr Vertrauen bescheinigt hatten.

"Während der ganzen Krise", schreibt Eisenhower wieder selbst, "hatte die amerikanische Regierung alles Menschenmögliche zur Unterstützung des Schahs getan." Und während sie dem nun jahrelang eingesperrten Mossadegh vorher jedes Geld verweigerte, gab sie jetzt dem Iran unter General Zahedi - dem eine fingierte Wahl, eine grauenhafte Farce, auch noch den Anschein demokratischer Legalität verlieh - allein im Jahr des Umsturzes annähernd 85 Millionen Dollar, schickte aber in den folgenden Jahren, bis 1961, fast eine Milliarde Dollar. Und schon 1957 berichtete das Repräsentantenhaus in einer Beschwerde von Hunderten von Millionen Dollar, von denen man "unmöglich" genau sagen könne, "wohin diese Gelder geflossen seien".

Einiges ließ sich doch eruieren. So waren für den Bau eines Staudamms mehrere Millionen Dollar vorgesehen. Alles aber, was dafür geschah, war, daß man "auf dem Papier den Verlauf einer Straße in der Nähe des vorgesehenen Ortes nachzeichnete" - was schon drei Millionen Dollar kostete.

Im Iran saß nun vorläufig General Zahedi im Sattel, seit je ein übler Spekulant, eine "entsetzliche Kanaille", so der britische Konsul John Gault, hatte Zahedi doch im Zweiten Weltkrieg insgeheim mit Hitlerdeutschland kollaboriert. Nun schreibt Eisenhower: "Telegraphisch sende ich General Zahedi meine Glückwünsche" und notiert am 8. Oktober seinen Vorsatz, General Zahedi "zugleich finanziell und mit klugen Ratschlägen" beizustehen.

Alles angeblich zur Bekämpfung des Kommunismus, tatsächlich alles wegen des Öls. Der ad hoc getätigte Zusammenschluß der US-Erdöl-Gesellschaften verstieß zwar gegen die Anti-Trust-Gesetze. Doch ein Sondererlaß des Justizministeriums, gestützt "auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit", schützte die Erdölgesellschaften vor gerichtlicher Verfolgung.

Die USA selbst aber schützte John Foster Dulles. In Abkehr von Trumans Containment-Politik, die er als eine rein negative und daher zum Fiasko verdamnte Politik ansah, propagierte er seine Strategie des "Roll-back". Die sowjetischen Untermenschen sollten überall, wo es angängig war, zurückgedrängt, die Sowjetunion selbst durch einen ganzen Gürtel von Militärbasen bedroht werden, um sie notfalls atomar zur Strecke bringen und alle Unterdrückten befreien zu können, soweit dann noch vorhanden.

Für diese Politik der Stärke, dies flotte Taumeln "am Rand des Krieges" (on the brink of war) hatte Dulles in einem schöpferischen Anfall die Bezeichnung "Brinkmanship" geprägt. Natürlich wollte Dulles nicht unbedingt Krieg. Im Gegenteil. Wie sein Chef wünschte er herzlich, jedem ein guter Nachbar zu sein jedem, der auch selbst ein guter Nachbar war. Doch die Welt war böse, böse war sie, und das war das Problem.

John Foster Dulles blieb zeitlebens, tief durchdrungen von seiner Mission, um nicht zu sagen seinem Evangelium. Doch obwohl er unerschütterlich und fromm, in bester Absicht ringsum hetzte (auch in des Wortes wörtlicher Bedeutung, denn er besuchte 47 Länder, eine runde halbe Million Meilen dabei im Flugzeug rasend), blieb es bei dem ihm so verhassten Status quo. Alles aber, was antikommunistisch war und sich einspannen ließ, wurde vor Dulles' Wagen gespannt, wobei man jetzt den Verbündeten statt durch "Wirtschaftshilfe" mehr und mehr durch Militärhilfe beizustehen suchte, damit sie sich, Sinn solcher Hilfe, selber beistehen konnten und nicht alle, eigensüchtig, aus nacktem Egoismus, Hilfe von den selbstlosen USA erwarteten.

Noch ein so korruptes und unfähiges Regime wie das von Tschiang Kai-shek hat Dulles fortwährend aufgewertet, was natürlich den Ausgleich mit Rotchina blockierte. Vor allem aber wurden die einstigen Hauptfeinde, Japan und Deutschland, remilitarisiert.<<